

Dringliche überparteiliche Interpellation

Einwohner- und Spezialdienste (ESD): Transparenz, Partizipation und Massnahmen jetzt!

Der Gemeinderat wird gebeten, für die Stadtratssitzung vom 26./27.06.2024 folgende Fragen zu beantworten und zu folgenden Punkten Stellung zu beziehen:

1. informiert zum Sachstand der Umsetzung von Massnahmen, die die Sicherstellung der rechtzeitigen Behandlung von Verlängerungsgesuchen für Aufenthaltsbewilligungen bezwecken;
2. Stellung nimmt zur Feststellung, dass die DSS zusammen mit dem Gemeinderat trotz offensichtlicher Missstände keinen Kurzbericht fristgerecht per 31.01.2023 gemäss dringlichem überparteilichen Postulat 220065 eingereicht hatte;
3. Auskunft gibt, aus welchen Gründen die DSS während des gesamten Herbstes 2023 die Öffentlichkeit mehrere Monate über die Missbrauchsfälle nicht informiert hatte;
4. über das BDO-Mandat informiert. Dabei
 - a. gibt der Gemeinderat Auskunft über allfällige Massnahmen zur Schaffung von Transparenz zum Mandat mittels Veröffentlichung der Offerte einschliesslich Vorgehensweise, Zeitplan und Budget des Mandats und
 - b. beantwortet er folgende Fragen:
 - Warum hatte die DSS kein offizielles, öffentlich zugängliches Pflichtenheft zum Mandat mit klaren Vorgaben erstellt?
 - Hatte die DSS im Januar 2024 bei Mandatsvergabe überhaupt einen Einbezug der Ausländerinnen und Ausländern und weiteren betroffenen Personen in die Untersuchung durch BDO beabsichtigt?
 - Inwiefern wurde mit der beabsichtigten Methodologie überhaupt ein Kulturwandel beabsichtigt?
5. über allfällige Massnahmen zur Sicherstellung einer breit abgestützten Steuerung des BDO-Mandats wie beispielsweise die Schaffung eines comité de pilotage mit breiter Vertretung von Akteuren informiert;
6. über weitere Massnahmen der DSS zur Sicherstellung des Einbezugs von Ausländerinnen und Ausländern und weiterer betroffener Personen und involvierten Akteuren informiert;
7. allfällige weitere Massnahmen vorschlägt.

Begründung:

Die Situation der bereits seit langem bekannter Situation der ESD hat sich weiter verschlimmert: Ende 2023 verzeichneten die ESD gemäss Generalsekretär Merz einen Höchststand von 1'400 offenen Dossiers von Gesuchen von Ausländerinnen und Ausländern (Interview Bieler Tagblatt, 27.01.2024).

Seit mittlerweile 2020 forderte der Stadtrat Massnahmen des Gemeinderats in diversen überparteilichen Vorstössen, die jeweils von der Unterstützung von breiten Mehrheiten profitieren. Verwiesen sei an dieser Stelle insbesondere auf die dringliche überparteiliche Motion 20210045 «Dringende Massnahmen zur rechtzeitigen Behandlung von Verlängerungsgesuchen von Aufenthaltsbewilligungen», die der Stadtrat am 24.06.2021 für erheblich erklärt hatte.

Am 19.05.2022 erklärt der Stadtrat ein dringliches überparteiliches Postulat 20220065 «Bericht über Massnahmen zur rechtzeitigen Behandlung von Verlängerungsgesuchen von Aufenthaltsbewilligungen» für erheblich. Dieses Postulat forderte einen Bericht des

Gemeinderats an den Stadtrat zu den gemäss Motion umzusetzenden Massnahmen und sah dafür explizit eine Frist bis 31.01.2023 vor. Der Gemeinderat liess die Frist ohne Erklärung verstreichen.

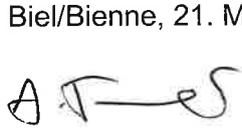
Am 18. Januar 2024 wurde publik, dass im Jahr 2023 Mitarbeitende der für die ESD zuständigen die Verspätungen ihrer eigenen Migrationsbehörde bei Aufenthaltsbewilligungen ausgenutzt hätten, um von betroffenen Ausländerinnen und Ausländern rechtswidrig Geldzahlungen und sexuelle Dienstleistungen zu verlangen. Die Vorfälle wurden der DSS im Herbst 2023 der DSS bekannt. Diese hatte jedoch offensichtlich mehrere Monaten gewartet, bis sie die Öffentlichkeit orientierte.

Mit seiner Vorgehensweise hat der Gemeinderat dem Stadtrat und somit der Legislative die Grundlage entzogen, im kritischen Jahr 2023 auf einer ausreichenden Grundlage die notwendigen Massnahmen (Budget, personelle Verstärkung, etc.) zu beschliessen, damit letztendlich auch die Missbrauchsfälle hätten verhindert werden können.

Während sie mit dem Stadtrat ihre Aufsichtsbehörde Informationen vorenthalten, gaben Gemeinderätin Pittet und Generalsekretär Merz nach Publikwerden der Missbrauchsfälle Auskunft gegenüber den Medien über ihre Vorhaben. Dieses Vorgehensmuster entspricht dem seit einem Jahrzehnt etablierten und bisher erfolglosen Muster der DSS, die bei Missständen das Heft nicht in die Hand nimmt und stattdessen auf private Beratungsunternehmen zurückgreift, die oft über keine Expertise im Ausländerwesen verfügen.

Vor dem Hintergrund der gravierenden, mittlerweile schweizweit bekannten Missstände ist dieser Zustand inakzeptabel: Transparenz, Partizipation und Massnahmen müssen jetzt gewährleistet werden.

Biel/Bienne, 21. März 2024



Anna Tanner (SP JUSO)



Ruth Kilezi (PSR)



Caroline Lehmann (GLP)



Ruth Tennenbaum
(Passerelle)